

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/202

Bonn, den 23. Oktober 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Ein gutes Wort</u> Reformfreudige Unternehmer	40
2	<u>Sportförderung unter Finanznot</u> Mangelnde Kooperation zwischen Bund und Ländern	47
3 - 4	<u>Europarat und WEU müssen wirksamer arbeiten!</u> Plenar-Sondersitzungen als Ausweg Von Hannsheinze Bauer, Würzburg, MdB, Vorsitzender des Geschäftsordnungsausschusses der Beratenden Versammlung des Europarates	78
5 - 6	<u>Sturm bei Frankreichs Kommunisten</u> Die Krise der KPF spitzt sich zu Von Georg Scheuer, Paris	52

* * *

Ein gutes Wort

Reformfreudige Unternehmer

sp - Die Unternehmer in der Bundesrepublik wollen jetzt auch die Gesellschaftsordnung verbessern. So kündigte es jedenfalls der Vizepräsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, S c h l e y e r, vor der Presse in Stuttgart an. Es genüge nicht mehr - so Schleyer - die Aktivität der Sozialpartner in herkömmlichen Tarifaueinandersetzungen zu erschöpfen; man müsse viel größere Aufmerksamkeit dem Entstehen einer neuen Gesellschaftsordnung widmen. Aus der Spanne zwischen Real- und Normalwachstum sollten höhere Anteile für die Vermögensbildung bei Arbeitnehmern bereitgestellt werden. Auch die Gleichstellung der Arbeitnehmer mit den Angestellten im Krankheitsfalle sei anzustreben, wobei die Unternehmer allerdings die versicherungsrechtliche der arbeitsrechtlichen Regelung vorzögen.

Das klingt recht verheißungsvoll. Mit wenigen Ausnahmen hörte man von dieser Seite bisher immer, die Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik sei die beste aller Welten und wer daran rüttelte, sei vielleicht sogar ein verkappter Kommunist. Wenn jetzt ein so bedeutender Mann wie Herr Schleyer das Gegenteil sagt, sollte man ihn beglückwünschen und beim Wort nehmen.

Seit Jahren erklären die Gewerkschaften auf allen ihren Kongressen, es genüge nicht, den Anteil der Arbeitnehmer am ständig wachsenden Sozialprodukt lediglich durch Lohnvereinbarungen anzuheben; man müsse den Arbeitnehmer auch generell als gleichberechtigten Wirtschaftsbürger in der Gesellschaft integrieren und brauche daher Maßnahmen zur Neuformung der Gesellschaftsordnung. Die Antwort auf solch selbstverständliche Forderungen war bisher leider meist nur negativ.

Auch wenn Herr Schleyer meinte, die Entfaltung des Bildungswesens unterhalb der Hochschulen sei ein erstrebenswertes Ziel und solle künftig auch von den Unternehmern in weitaus größerem Maße als bisher unterstützt werden, dann ist das ebenfalls ein Fortschritt. Ein modernes Bildungswesen, verbesserte Ausbildungschancen für Arbeitnehmer und reale Möglichkeiten zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand - das alles sind alte Forderungen der Deutschen Sozialdemokratie und des DGB.

Wir sind n i c h t der Meinung, daß Herr Schleyer diese Forderungen jetzt nur deshalb erhebt, um von der in Gang geratenen Diskussion über das erweiterte Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer abzulenken. Wahrscheinlicher dürfte es sein, daß, besonders unter dem Druck der jüngeren Unternehmer, die Einsicht gewachsen ist, wie sehr eine moderne Industriegesellschaft die v o l l e Integration aller seiner Arbeitnehmer braucht, um den demokratischen Staat immer stabiler zu machen und um im Konkurrenzkampf mit anderen Wirtschaftssystemen und Gesellschaftsordnungen bestehen zu können.

+ + +

Sportförderung unter Finanznot

Mangelnde Kooperation zwischen Bund und Ländern

E.D.Sch. - Zu dem Zeitpunkt, wo sich das Hauptinteresse des deutschen Sports, wie überall in der Welt, auf die Olympischen Spiele in Mexico-City konzentriert, fallen bei den Haushaltsberatungen des Bundes und der Länder für das Rechnungsjahr 1969 und die "mittelfristigen" Finanzprogramme wichtige sportpolitische Entscheidungen. Unter Anerkennung der Olympischen Spiele 1972 als nationale Aufgabe haben sich bereits mehrere SPD-Bundestagsabgeordnete gegen eine Kürzung der laufenden Sportförderungsmittel ausgesprochen, wie das der Haushaltsentwurf des Bundesinnenministers vorsieht. Die Kürzungsvorschläge der Mittel zur Spitzenfinanzierung des Turn- und Sportstättenbaues von 37 Millionen auf 23 Millionen Mark müssen fast den Eindruck erwecken, als ob der bundesdeutsche Innenminister von einem bereits erfüllten "Goldenen Plan" ausgeht. Folgt man den Vorschlägen und Beratungsergebnissen der Deutschen Olympischen Gesellschaft, so ergibt sich für die restliche Laufzeit des "Goldenen Planes" bis 1975 noch ein Finanzierungsvolumen von rund 5.623 Millionen Mark. Diese Vorschläge lassen sich nach der derzeitigen Entwicklung kaum realisieren.

Unverständlich müssen aus dieser Erkenntnis die Sportförderungsanstrebungen des Bundesinnenministers erscheinen, der einerseits über fehlende Mittel klagt und sich andererseits mit der Errichtung einer "Bundeszentrale für Sport" beschäftigt, deren Durchführung an Bau-, Einrichtungs- und Personalkosten im ersten Jahr ihrer Inbetriebnahme rund 10 Millionen Mark erfordert, obwohl die Durchführung dieser Maßnahme bisher nicht die Zustimmung der Bundesländer und des Deutschen Sportbundes finden konnte, und auch kaum finden wird. Abgesehen davon, daß die Möglichkeit eines 20-Prozent-Zuschusses des Bundes zur Spitzenfinanzierung der Errichtung von Turn- und Sportstätten in den Gemeinden praktisch nur in den Bewilligungsrichtlinien zu finden ist, besteht die Gefahr, daß sich der Bund in Zukunft seiner "freiwilligen" Verpflichtungen zur Erfüllung des Goldenen Planes völlig entbindet.

Dies wird mit Sicherheit eintreten, wenn die Mittelkürzungen in dem vorgesehenen Umfang vorgenommen werden. Was von den vorgesehenen 23 Millionen Mark für das kommende Rechnungsjahr verbleibt, zeichnet sich schon jetzt ab. Durch die Errichtung von Sportleistungszentren auf Bundesebene ist der Bund Verpflichtungen für das Jahr 1969 in Höhe von 10 - 12 Millionen Mark eingegangen. Sonderprogramme für die Zonenrandgebiete und Berlin lassen für Sportbaumaßnahmen in den restlichen zehn Bundesländern kaum fünf Millionen übrig. Hinzu kommt die Förderung der Sportübungsstättenberatungsstelle des Deutschen Sportbundes in Köln mit fast 300 000 Mark. Obwohl die Ministerpräsidenten-Konferenz wiederholt die Erfüllung des Bundesanteiles zum "Goldenen Plan" gefordert hat, wurde bisher durch die ablehnende Haltung der Länder eine große Chance wirkungsvoller Kooperation zwischen Bund, Ländern und dem Sport vertan, den Sport in den Katalog der Gemeinschaftsaufgaben zwischen Bund und Ländern aufzunehmen. Es scheint, daß die vorgesehenen Mittelkürzungen des Bundes eine erste Antwort auf die ablehnende Haltung der Länder sind.

Europarat und WEU müssen wirksamer arbeiten!

Plenar-Sondersitzungen als Ausweg

Von Hannsheinz Bauer, Würzburg, MdB,
Vorsitzender des Geschäftsordnungsausschusses der
Beratenden Versammlung des Europarats

Es ist unbestritten, daß sich die Parlamentarier der beiden europäischen Parlamente, Europarat und WEU-Versammlung, in zwei Jahrzehnten redlich bemüht haben, die wirtschaftliche und politische Einigung Europas nach besten Kräften voranzutreiben. Eben- sowenig zweifelhaft ist leider, daß beide Parlamente weder Schlag- zeilen in der Presse machen noch nach Umfang der Berichterstattung verwöhnt werden. Daran ist nicht so sehr das Fehlen der großen Persönlichkeiten "der ersten Stunde" in Straßburg, der Mangel spektakulärer Erfolge und die Langsamkeit bei der Erzielung von Lösungen schuld, sondern vor allem auch Arbeitstechnik und Arbeits- rhythmus beider Gremien.

Bei drei jährlichen Vollsitzungen des Europarats von knapp einer Woche Dauer ist die Zeitnot zum schwierigsten technischen Problem geworden. Trotz aller Rationalisierung und Straffung der Themen hat die Versammlung praktisch nur drei Ausweichmög- lichkeiten: Nachtsitzungen, Verlängerung der Zahl der Sitzungs- tage oder Beschränkung der Redezeiten. Die beiden ersten Wege werden weitgehend insofern von den Abgeordneten sabotiert, als jeweils mit Beschlussunfähigkeit des Hauses gerechnet werden muß. Dies hat zur Folge, daß politische Resolutionen dann einen er- heblichen Teil an Aktualität einbüßen müssen, wenn sie um ein Viertel oder gar halbes Jahr vertagt werden.

Viel Unmut hat es bei der letzten Session unter den Abgeord- neten gegeben, als das Präsidium dazu übergang, die für die ein- zelnen Tagesordnungspunkte nach der Zahl der Sitzungsstunden zur Verfügung stehende Zeit mathematisch nach der Zahl der Wortmel- dungen aufzuteilen, so daß auf den einzelnen Redner nur noch 7 bis 8 Minuten verbleiben. Bei einem so außergewöhnlichen Ereig- nis wie dem der militärischen Intervention in der CSSR und einer Mitgliedszahl von 18 Staaten war unschwer auszurechnen, daß bei besonderer Redefreudigkeit nur 3 bis 4 Minuten Redezeit je Redner übrig bleiben. Es ist immerhin sehr bemerkenswert, daß - unbe- schadet zahlreicher besonderer politischer Ereignisse - weder Europarat noch WEU jemals eine Sondersitzung in den letzten zehn Jahren abgehalten haben, so daß ein Redner die bissige Frage stell- te, was eigentlich passieren müsse, bis man sich zu diesem Schritt entschieße. Auf der anderen Seite rebellieren Parlamentarier nicht zu Unrecht gegen den Versuch, ihr elementarstes Recht, das der Redefreiheit, so einschneidend einzuengen, daß ein Zeittorso übrig bleibt, der eine Analyse mit Schlußfolgerung für ein poli-

tisches Konzept so gut wie unmöglich macht.

Beide Parlamente haben im übrigen klar erkannt, daß zum "Umsetzung" ihrer Beschlüsse ins Bewußtsein der europäischen Öffentlichkeit um vieles mehr getan werden muß als bisher. Da nun einmal die Verwirklichung und die Durchführung aller beschlossenen politischen Maßnahmen von den Regierungen der Mitgliedstaaten abhängt und die Zeitungen in aller Regel Detailberichten ohne Schlagzeilen nicht viel Raum geben, muß die "Transparenz" über die nationalen Parlamente erfolgen, die in der wesentlichen Aufgabe der Kontrolle ihrer Regierungen gar nicht energisch genug vorgehen können. Das Drängen nach der Ratifizierung vereinbarter Abkommen, nach den Folgegesetzen zur Verwirklichung der Absichtserklärungen auf europäischer Ebene, muß Daueraufgabe aller Abgeordneten sein.

Zur Förderung dieser Anliegen hat man schon vor Jahren in Europarat wie WEU eine "Arbeitsgruppe zur Verbindung mit den nationalen Parlamenten" geschaffen, die durch ständige und zähe Verfolgung jedes einzelnen durch die langwierige europäische Beschlußprozedur gelaufenen Arbeitsergebnisses seine Realisierung kontrolliert und darüber hinaus in gesonderten Veröffentlichungen über die Aktivität in jedem der 18 Mitgliedsparlamente berichtet. Durch diesen Nachweis an Bemühungen wird nicht nur jede nationale Delegation, jede politische Gruppe, sondern auch der einzelne Parlamentarier angehalten, seinen persönlichen Beitrag zum Fortschritt in den vielfältigen europäischen Bemühungen von seinem parlamentarischen Arbeitsplatz her zu leisten. Die Tätigkeit dieser Arbeitsgruppen wurde in ihrer zunehmenden Bedeutung dadurch unterstrichen, daß die des Europarats zum regulären Ausschuß erhoben wurde mit der Konsequenz eines Sitzes für seinen Vorsitzenden im "Ständigen Ausschuß", der dem Ältestenrat des Bundestags vergleichbar ist. Auch in der WEU ist nunmehr ein erster Schritt in dieser Richtung erfolgt.

Nicht nur bahnbrechende politische Grundsatzbeschlüsse bereiten den Weg zum vereinigten Europa - auch die Arbeitsweise der Parlamente, ihre Öffentlichkeitsarbeit und die Umsetzung ihrer Beschlüsse ins allgemeine Bewußtsein sind wesentliche Bausteine zum gemeinsamen Ziel einer europäischen Union, von der die Zukunft einer freien Welt wesentlich abhängt.

+ + +

Sturm bei Frankreichs Kommunisten

Die Krise der KPF spitzt sich zu

Von Georg Scheuer, Paris

Ausschlüsse, Austritte und Verwarnungen im Politbüro der Kommunistischen Partei Frankreichs sind die jüngsten Zeichen einer Krise, die am 21. August mit dem sowjetischen Einmarsch in Prag begann und sich im ganzen westeuropäischen Kommunismus weiter verschärft. Die Konferenz des Zentralkomitees im Pariser Vorort Ivry verlief stürmisch. Wie wird das Gipfelgespräch zwischen sowjetischen und französischen Kommunisten am ersten November-Montag in Moskau verlaufen?

Für Frankreich ist diese Entwicklung von besonderer Bedeutung, weil die KP hier relativ stark ist (über 20 Prozent der Wähler) und andererseits bis zum tschechoslowakischen Drama in starrer Moskau-Treue verharrete. Zum ersten Mal seit ihrer 50-jährigen Existenz wagte die KPF im August Kritik an einem Kremlbeschluss.

Madame Thorez tritt aus...

Die Abgrenzung war vorsichtig und schwächlich zum Unterschied zu den Reaktionen anderer kommunistischer Parteien Westeuropas (z. B. Italien, Österreich und Schweiz) und Osteuropas (z. B. Rumänien und Jugoslawien). Immerhin wurde die sowjetische Invasion "mißbilligt".

Für einen Teil der alten KPF-Funktionäre unter der Führung von Madame Jeanette Vermeersch, Witwe des 1964 verstorbenen Generalsekretärs Maurice Thorez, war das zuviel. Angeblich handelt es sich bei dieser altstalinistischen Opposition gegen den neuen Generalsekretär Waldeck-Rochet um ungefähr ein Drittel der "Partei-Kader". In den letzten Wochen drängten sie immer wieder auf Widerruf der erfolgten Kritik und Rückkehr zur bedingungslosen Kremlgefolgschaft. Da sie das nicht erreichen konnten und der Trend zur Liberalisierung langsam aber sicher weitergeht, sagen sie sich nun von der neuen Parteiführung los. Das ist der Sinn des demonstrativen Austritts der Thorez-Witwe aus dem Politbüro.

...und Garaudy wird verwarnet

Für die liberalen Kreise der KPF, insbesondere für die kommunistische Jugend, die Studenten, Professoren und anderen Intellektuellen aber war die Augustentschließung des Politbüros "zu wenig". Ihr Sprecher, Parteiphilosoph Roger Garaudy, brandmarkte die sowjetische Invasion als "Rückfall in den Stalinismus", forderte den Rücktritt der Kreml-Troika und begrüßte außerdem Dubceks Reformkommunismus als "beispielgebend" für andere Länder, die zum Unterschied zu Rußland zurzeit der Machtergreifung Lenins über parlamentarisch demokratische Erfahrungen verfügen und industriell entwickelt sind. Eine Absage also nicht nur an die stalinistische Methode, sondern auch an leninistische Theorien.

Politbüro Mitglied Garaudy scheute sich nicht, diese ketzerischen Ideen letztlich in Rundfunk und Presse ausführlich zu erläutern. Noch dieser Tage veröffentlichte er in der links-unabhängigen Pariser Wochenzeitung "Observateur" in diesem Sinne ein aufschlußreiches Interview. Nun wird er vom Politbüro wegen Abweichungen und Disziplinbruch öffentlich getadelt, aber bis zur Stunde nicht ausgeschlossen.

Leckes Schiff

Jeanettes Austritt und Garaudys Verwarnung sind markante Episoden im inneren Konflikt der KPF. Kapitän Waldeck-Rochet hat größte Schwierigkeiten, sein leckes Schiff durch die Klippen zu steuern, die jetzt von allen Seiten drohen. Jedenfalls ist es ein erfreuliches Zeichen, daß die Vertreter der Altstalinisten das Politbüro verlassen, während die liberalen "Revisionisten" innerhalb der KPF zunehmend Gehör finden.

+ + +